

Annoncen
Werthe-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17.)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Kretschmer,
in Weseritz bei J. Matthias,
in Wreschen bei J. Jäckel.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Nr. 77.

Das Abonnement auf vieles täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 31. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschaltete Partie oder deren Raum, Namens verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 30. Jan. Der König hat dem Regierungs- und Schulrat Dr. Ludwig von Ciriacy-Wantrup zu Arnswberg, und dem Ober-Bürgermeister a. D. v. Weise zu Aachen den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath verliehen, und den seitherigen Bürgermeister Falben hagen zu St. Johann in Folge der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wiederwahl in gleicher Eigenschaft für eine fernereweite zwölfjährige Amtszeit bestätigt.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung.

Berlin, 30. Januar. Am Ministerische: von Gössler, Dr. Friedberg.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. In der dritten Berathung wird der Gesetzentwurf betr. das Höherecht in der Provinz Hannover und der Gesetzentwurf betr. die Errichtung eines Landgerichts in Memel ohne Diskussion angenommen.

Das Haus setzt sodann die zweite Berathung des Etats und zwar des Kultusministeriums fort.

Bei Kap. 110 der Ausgaben (Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten 24 325 M.) nimmt das Wort

Abg. Bachem: Die Kompetenz dieses Gerichtshofes ist bereits etwas eingeschränkt worden, aber auch so, wie er jetzt besteht, ist er nicht zulässig. Die ganze Konstituierung eines derartigen Gerichtshofes entspricht nicht der in religiösen Dingen in Preußen von jeher üblichen Praxis. Als Friedrich dem Großen zugemutet wurde, einen Bischof abzusehen, sagte er: „kein Kaiser und König, nicht von Frankreich, nicht von Spanien oder Österreich, darf einen Bischof absezern.“ Dieser Gerichtshof ist nur eine Verpotzung und Karikatur eines Gerichtshofes, er ist nur noch ein Gerichtshof für Kosten. Ich ersuche Sie, die Position für diesen Gerichtshof, der fast gar keine Tätigkeit mehr ausübt, nicht zu bewilligen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Dieser Gerichtshof ist ein Außenmagericht, durch welches Preußen von allen zivilisierten und unzivilisierten Staaten sich entscheidet. Es handelt sich darum, einen Gerichtshof zu haben, der die Bischöfe absetzt, die man absezzen will. Das hat er rechtlich gethan, vielleicht mehr als gut; hätte er weniger gethan, so wäre jetzt der Regierung vielleicht manche Unannehmlichkeiten erspart. Dieser Gerichtshof verdient nur noch den Namen eines Gerichtshofes für Küster. Sehen Sie sich aber die Position etwas näher an. Der Präsident hat 3000, jedes der zehn Mitglieder 1500 M. Gehalt. Ich bin erstaunt, daß die Herren sich die geringe Mühsalwaltung noch bezahlen lassen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Mitglieder werden pensionberechtigt und es entsteht dadurch eine feste Belastung für den Staat. In katholischen Kreisen erregt der Gerichtshof nur ein Lächeln; diese verrostete Waffe einmal zu brauchen, wird unmöglich. Ich bitte Sie, diese Position nicht zu genehmigen und beantrage besondere Abstimmung über den Titel.

Minister v. Gössler: Der Gerichtshof, gleichviel wie umfangreich seine Tätigkeit sein mag, besteht auf Grund des Gesetzes und darum hoffe ich, Sie werden die Position bewilligen. Die Neuerennung von Mitgliedern für diesen Gerichtshof macht sich nötig, sobald die Minimalzahl von fünf Berufsrichtern, die das Gesetz vorschreibt, nicht vorhanden ist. Das Gesetz muß Beachtung finden, selbst wenn auch nur ein einziger Küster im Jahre bei dem Gerichtshof sein Recht verlangt. — Ich empfehle Ihnen die Annahme dieser für Erfüllung des Gesetzes notwendigen Position.

Abg. Dr. Windthorst: Es ist bezeichnend, daß für diesen Küstergerichtshof sich Niemand hier bat einzuschreiben lassen. (Widerspruch.) Vielleicht wird also noch Abg. Köbler dafür sprechen. Auch der Minister hat zur Vertheidigung der Position nichts vorgebracht, er besteht nur auf seinen Schein. Der Minister hat es doch in der Hand, Wandel zu schaffen und eine ganz unnütze Ausgabenlast zu entfernen. Denn dieser Gerichtshof ist eine Informität, er ist durchaus unzulässig. Seine Hauptfunktion — die Absezung der Bischöfe — ist eine Anmaßung, wie sie sonst nirgends je vorgenommen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Gewaltmaßregeln ähnlicher Art sind zu jeder Zeit vorgenommen, aber niemals hat man gewagt, solche Gewaltmaßregeln geleglich zu führen. Das war dieser Zeit vorbehalten. — Aber selbst wer diesen Gerichtshof billigt, muß der Budgetkommission die Aufgabe stellen, zu untersuchen, wie zu dem Penum von Arbeit sich die Zahl der Richter und die Höhe der Kosten verhält, und ob es nicht, wenn ein schlechtes Verhältnis sich herausstellt, jetzt an der Zeit ist, die Zahl der Richter zu reduzieren. — Ich kann etwas so Unzulässiges nicht bewilligen, denn würde ich dazu ja sagen, so würde ich zugeben, daß ein Richter über einen Geistlichen richten darf. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Köhler: Ich kann verzichten zu diesem Titel zu sprechen, da der Herr Minister bereits das Nötige ausgeführt hat. Hinzufügen will ich nur, daß der Gerichtshof nicht allein für die katholischen, sondern auch für die evangelischen Geistlichen eingesetzt und von letzteren wiederholt in Anspruch genommen werden ist.

Abg. Dr. Windthorst: Ich hätte vom Abg. Dr. Köhler als einem Juristen und von den Herren auf der Rechten erwartet, daß sie mindestens bei Bewilligung des Titels, durch eine Resolution die Regierung auffordern würden, die Beseitigung des Gerichtshofes, der kein Gerichtshof ist, herbeizuführen.

Die Debatte wird geschlossen. Das Resultat der Abstimmung wird, da sie zunächst zweifelhaft bleibt, durch Zählung festgestellt, welche die Annahme der Position mit 147 gegen 100 Stimmen ergibt.

Bei Kap. 111 (Evangelischer Oberkirchenrath 145,547 Mark) weist Abg. Stroesser auf den Ministerialbeschuß hin, wonach die Regierungen Umlagen für die kirchlichen Gemeinden nur dann genehmigen sollten, wenn den Umlagen die Klassen- und Einkommensneuer zu Grunde gelegt wird. Gesetzlich sei aber die Staatsregierung nur befugt, auf die ordnungsgemäßige Vertheilung der Laien zu sehen und einem Beschlusse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertreter die Genehmigung zu versagen, wenn ihr die beschlossene Vertheilung der Laien nicht ordnungsgemäß erscheine. Gesetzlich sei sie nicht befugt, vorzuschreiben, welche direkten Steuern den Umlagen zu Grunde zu legen seien. Redner erhebt dagegen Einspruch und bittet die Regierung von diesem Verfahren Abstand zu nehmen, da es die Kirchen-

gemeinde schädige. Der evangelische Oberkirchenrath habe nach Einholung von Gutachten der Konsistorien gegen jenen Beschuß remonstriert vom Standpunkte des kirchlichen Rechts wie von dem des Nutzens für die Kirche. — Redner verliest mehrere Schriftstücke, darunter auch ein Schreiben des Oberkirchenraths an die Konsistorien, zur Belegung seiner Ausschreibungen.

Minister v. Gössler: Der Vorredner hat das Material vollständig vorgeführt; ich bin überrascht, daß er auch von dem Schreiben des Oberkirchenraths an die Konsistorien, welches nur für die Akten bestimmt war, Kenntnis hat. Ich werde darüber Erhebungen anstellen lassen. — Die Regierung ist allerdings gesetzlich befugt, die Genehmigung zu der Vertheilung der Umlagen zu versagen. (Der Minister verliest die betreffenden Gesetzesstellen vor.) Aus dem Gelege geht die generelle Befugnis der Regierung zur Versagung der Genehmigung klar hervor. Die Vertheilung der Umlagen hat nach Generalsynodalordnung übrigens ausdrücklich zu geschehen allein nach der Maßgabe der Personalsteuern.

Abg. v. Rauhaupt tritt diesen Ausschreibungen entgegen und sieht in dem Ministerialbeschuß eine tief einschneidende Schädigung der kirchlichen Gemeinden. Das Schreiben des Oberkirchenraths sei dem Abg. Stroesser nicht durch Indiskretion zugelommen, da es in einem Amtesblatte, das hier vorliege, abgedruckt sei.

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Namens meiner Partei beantragte ich, den Ministerialbeschuß vom 12. Januar 1882 beabs. Prüfung der Zweckmäßigkeit und Gelehnsmäßigkeit desselben der Justizkommission zu übertragen. (Beifall rechts.)

Abg. Brügel erklärt auf dem Standpunkte der beiden letzten Redner zu stehen. Für Hannover würde dieser Ministerialbeschuß sehr schwierige Verhältnisse schaffen.

Abg. Frhr. v. Neukirch-Zedlitz beantragt die Prüfung des Ministerialbeschlusses nicht der Justizkommission, sondern einer besonderen Kommission zu übertragen.

Abg. Launstein richtet an den Minister die Anfrage, ob dieser Beschuß auch auf die neuen Provinzen, besonders auf Hannover ausgedehnt werden soll. Er habe ein Ministerialschreiben an den Oberpräsidenten gesehen, in dem diese Sache angeregt werde.

Minister v. Gössler: Die Absicht, diesen Beschuß auch für Hannover und die neuen Provinzen in Kraft zu setzen, besteht in der That. Es überrascht mich aber, daß jenes Schreiben dem Vorredner bekannt ist. Es ist allein an den Oberpräsidenten gerichtet gewesen.

Abg. Launstein: Ich habe nicht das Originalstück, sondern eine Abschrift desselben gegeben (Heiterkeit), wie sie an die einzelnen Behörden gegeben worden sind.

Abg. Löwe-Böhm: All dies zeigt wieder, wie wenig im Staatswege ein Geheimnis gewahrt werden kann. Alles kommt in die Öffentlichkeit und wird bald der Kritik unterzogen. — Auch ich bin für Überweitung der Prüfung des Ministerialbeschlusses an eine Kommission, jedoch nicht an die Justizkommission, denn juristisch ist die Sache ja wohl klar, sondern an eine besondere oder besser noch an die Gemeindekommission.

Abg. Schreiber protestiert dagegen, daß der Ministerialbeschuß auch auf Hessen angewandt werde. Dies sei durchaus unthunlich, da es mit den hessischen Gesetzen kollidiere.

Abg. Ennecerus spricht sich ebenfalls für kommissarische Behandlung aus.

Abg. Freib. v. Minnigerode ändert seinen Antrag dahin ab, daß statt Justizkommission eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern gesetzt werde.

Dieser Antrag wird angenommen und Kap. 111 bewilligt.

Bei Kap. 112: Evangelische Konsistorien 1067 345 M. regt

Abg. Hahn die Frage an, ob nicht für die Bureauabürfnisse der Superintendenten eine Entschädigung zu gewähren sei. Die Provinzialsynoden hätten sich bisher zu dieser Frage negirend verhalten; Redner erucht den Minister, die Finanzverwaltung der Annahme einer Position für die Bedürfnisse geneigt zu machen.

Konsistorialpräsident Hegel: Die Regierung steht auf dem Standpunkte von 1880, sie erkennt das Bedürfnis an, die Frage ist nur, wie die Mittel beschaffen werden sollen. Wenn von kirchlichen Behörden Anträge gestellt werden, wird die Regierung sie durchaus wohlwollend prüfen. Es muß gleichzeitig aber von den Behörden mitgetheilt werden, welche Summe die Kirchenbehörde zu diesen Bedürfnissen beisteuern wollen.

Bei Tit. 2: Präsident v. 298 524 M., ergreift das Wort

Abg. Dr. Hermess: Das Konsistorium der Provinz Brandenburg untergräbt die Selbstthätigkeit der Gemeinde und verleidet den Laien die Mitarbeit an der Kirche. Es stellt dem betreffenden Geiste seinen eigenen Willen entgegen. Ich finde diese Schädigung der Selbstthätigkeit in der Weise, wie die Konsistorialverwaltung die Bestimmungen der Kirchen- und Synodalordnung nach ihrer Weise auslegt. So trat Mitte vorigen Jahres in der Berliner Sophiengemeinde das Verhältnis ein, daß von der normalen Zahl von 14 Kirchenältesten nur 7 in Amte waren, und das Konsistorium entscheidet einfach, daß die Beschlussfähigkeit sich nach der Zahl der jedesmal im Amte stehenden Kirchenältesten richten soll. Auf eine Beschwerde darüber im Juli v. J. an den evangelischen Ober-Kirchenrath, erfolgt von diesem nach sechs Monaten im Januar d. J. entgegen zahlreichen früheren Entscheidungen die Antwort, man müsse es der Absicht des Gesetzes entsprechend erachten, daß die Beschlussfähigkeit unter Zugrundelegung der Normalzahl vorhanden sei; doch sei diese Auslegung keine unzweifelhafte, und die derselben entgegengestehende Auffassung, welcher in vielen hiesigen Gemeinden die Praxis entspräche, könne nicht mit Grund als eine direkt ungefährliche bezeichnet werden. Aber die Entscheidung hätte doch nur lauten können: Die Auslegung ist gesetzlich, oder ungesetzlich. So muß man fast auf den Verdacht kommen, der Oberkirchenrath habe die Aufgabe gehabt, dem Konsistorium den Pelz zu waschen, ihn aber nicht naß zu machen! Meiner Ansicht nach hätte derselbe sämtliche Beschlüsse fassen sollen und den Zustand vom Juli v. J. in der Sophiengemeinde wiederherstellen. — Aber die Beschlussunfähigkeit des Gemeindekirchenrathes war gewiß vom Konsistorium beabsichtigt, denn nach der Kirchen- und Synodalordnung sollen von 3 zu 3 Jahren die Hälfte der Mitglieder ausscheiden, jedenfalls aber im Amte bleiben, bis ihre Nachfolger eingetreten, und es wäre dieser Zustand gar nicht möglich gewesen! Im Herbst v. J. schieden nun 6 Ältesten und 18 Gemeindevertreter aus und von den Neuwahlen wurden nur die von 5 Ältesten perfekt. Von diesen waren 4 wieder gewählt und hatten während ihrer Verwaltung durchaus nicht in jedem Falle die Unfehlbarkeit des Konsistoriums anerkannt; von 2 in einem Neuen dagegen konnte vielleicht mehr Fertigkeit erreicht wer-

den, und danach richtete sich wohl auch die Behandlung. Auf eine Bitte der vier Ältesten an den Oberkirchenrath um Einführung kam der Bescheid, mit jener Einführung so lange zu warten, bis wenigstens so viele Neuwalchen vereist geworden seien, daß der Kirchenordnungsmäßige Bestand im wesentlichen gesichert ist. In Folge dessen legten die 4 Ältesten ihr Amt nieder, und da wird die Einführung dieses einen neuen Mitgliedes verfügt (hört! hört! links); 5 Älteste und 18 Gemeindevertreter schieden somit einfach aus. Weiter sullen nach der Synodalordnung die neu gewählten Mitglieder des Kirchenrathes an zwei aufeinander folgenden Sonntagen der Gemeinde mitgetheilt werden, und dieselben Bestimmungen gelten für die Erwachsenen, um jedem Gelegenheit zum Einspruch zu geben. Der nicht beschlussfähige Kirchenrat beschließt nun mit Übergebung dieser Bestimmung. Die neu gewählten Erwachsenen gleich am nächsten Sonntag einzuführen und bald darauf folgt dann auch eine Verfüzung des Konsistoriums, daß jene Vorschriften für die Erwachsenen nicht Anwendung fänden. — Ich will noch mit einigen Worten auf das Verhältnis des Konsistoriums zum Synodalvorstande eingehen, welchem die Disziplinarwaltung über den Gemeinde-Kirchenrat zufällt. Er richtet nun, als ihm von Beschlüssen des Gemeinde-Kirchenrates zu Sophien Kenntnis wird, die mit ungenügender Zahl der Mitglieder gefaßt sind, eine Anfrage darüber an jenen Kirchenrat. Anstatt einer Antwort derselben erfolgt jedoch eine Verfügung des Konsistoriums, die den Kirchenrat von der Antwort entbindet, und wo das Konsistorium somit ein Recht sich annimmt, das nur dem landesherrlichen Regiment aufsteht. — Nun entscheidet laut Gesetz der Vorstand der Kreissynode über jeden Einspruch betreffs der Wahlen. In Bezug auf die Wahl jener 18 Gemeinde-Vertreter war nun eine Beschwerde an denselben eingereicht, deren Entscheidung nicht getroffen werden konnte. Der Synodalvorstand erklärt wenigstens, daß die Verhältnisse in der Gemeinde überhaupt sehr verwirrt liegen und vorher geregelt werden müßten, daß weiter die Akten nicht vollständig vorlägen. Nun die Korrespondenz mit dem Synodalvorstande war ja untersagt worden. Dies wird dem Oberkirchenrat auseinander gesetzt und darauf erklärt das Konsistorium: Da der Kreissynodalvorstand von Berlin II. die ihm obliegende Pflicht auf Rekurrenz seinerseits zu entscheiden, verweigert hat, so habe der evangelische Oberkirchenrat als Aufsichtsbehörde dieses gethan und erklärt jene Rekurrenz für unbegründet. Die Antwort habe wohl so spät erfolgen können, da jene Beschwerde des Kirchenrates mit den übrigen Verhältnissen in der Gemeinde zusammenhängt und daher vorläufig unentschieden bleiben müsse. Das heißt also, was für das Konsistorium Grund ist zur Verzögerung einer Antwort, das heißt bei dem Synodalvorstand einfach Verweigerung der Antwort. Das Konsistorium ist außerdem seineswegs Aufsichtsbehörde für die Kreis-Synodal-Vorstände, sondern nur für die Gemeindeorgane, denn die Bestimmungen früherer Gesetze, namentlich auch des Gesetzes vom 23. Oktober 1877 sind durch das Gesetz von 1878 längst aufgehoben. — Ich behaupte nach allem diesem, daß das Konsistorium seine Aufgabe nicht dahin aufsetzt, die freie Selbstthätigkeit der Gemeinden zu fördern, sondern direkt mit seinem Einfluß, seine Entscheidung eintritt, teilweise sogar an Stelle der klaren, gesetzlicher Bestimmungen, wie sie in der Kreis-Synodalordnung vorliegen. Die ganze Art der Rekurrenz läßt ferner die Frage entstehen, ob es sich auch siets um Beschlüsse handelt, die in ordnungsmäßiger Form zu Stande gekommen sind, oder ob sie nicht vermehr von dem Vorstehenden des Konsistoriums in Brandenburg ausgehen. Ein solches Verfahren halte ich zwar beim Militär und der Polizei, keineswegs aber bei einer Verwaltung wie dem königlichen Konsistorium für angebracht. Ich wende mich daher an den Herrn Minister, den ich insofern für kompetent halte, als einerseits alle diese Fragen mit der Vermögensverwaltung zusammenhängen und er weiter Beirath der Krone ist, des Königs, der für unsere evangelische Landeskirche der summus episcopus ist. Ihm gebe ich es anheim, in einer genauen Prüfung der Akten einzutreten und dem summus episcopus es ans Herz zu legen, ob nicht andere Personen eingestellt sind, die die Selbstthätigkeit der Gemeinde fördern, statt sie zu unterdrücken. (Unruhe rechts), eine andere Persönlichkeit dagegen zu stellen, die mit den Gesetzen anders umgeht. (Bravo! links, oho! rechts.)

Minister v. Gössler: Trotz des warmen Appells des Herrn Vorredners halte ich mich nicht für befugt, in dieser Weise einzuschreiten. Die Rechte des Staates gegenüber der evangelischen Landeskirche sind im Gelege genau bestimmt, und auch die Vermögensverwaltung steht dem Oberkirchenrath zu, dem die Synoden zur Seite stehen. Zu diesen Rechten gehört keineswegs die Gründung solcher Spezialfragen und auch der Art. 23 gestellt dem Kultusminister nur eine sehr beschränkte Mitwirkung bei Besetzung von Stellen zu. (Beifall rechts.)

Abg. Zelle: Ich glaube, daß nicht blos das Konsistorium in der Provinz Brandenburg, sondern auch in den übrigen Provinzen eine einseitige Richtung in der evangelischen Kirche beginnen, und jede andere bekämpfen. Auch wir Protestanten haben unser Kulturlampen, wenn ich auch zugebe, daß es sich nur um innerlich kirchliche Fragen dreht, die ich hier jedoch außer Erwähnung lassen will. — Die heilige Sophienkirche bat, wie bekannt zwei Geistliche, das Haus des ersten Geistlichen war nun baufällig und sollte mit Genehmigung des Patrons der königl. Baukommission erneuert werden. Davon wurde das Konsistorium in Kenntnis gesetzt, indem die Summe für Beschaffung einer neuen Wohnung für den ersten Prediger im Etat zu seiner Bewilligung vorgelegt wurde. Trotzdem erhielt der Gemeindekirchenrat während des Baues ein Schreiben des Konsistoriums, wonach dasselbe die durch den Bau entstandenen und noch entstehenden Kosten nicht anerkennen, da sich die Gemeinde über die Vorschriften betreffs Kenntnisgabe dieses Baues hinweggesetzt habe. Vielmehr soll der Gemeindekirchenrat mit seinem Privatvermögen dieselben tragen, und bliebe eine Unterforschung resp. die Ernennung eines Provinzial-Mandatars vorbehalten. Als in Folge dessen der Kurator des Gebäudes sein Amt niedergelegt, wurde ihm bedeutet, er solle dasselbe wieder aufnehmen oder er würde für den Bau verantwortlich gemacht werden. In anderen Fällen verfuhr das Konsistorium noch kürzer und wendete sich einfach an den Rendanten der Gemeinde. So sollte, als Thomas- und Luisenstädtische Kirche sich trennten und dabei Schwierigkeiten über die Vermögensverhältnisse eintraten, der betreffende Rendant einfach dafür aufkommen, der Verhöhung einer Ordnungsstrafe von 50 M. event. persönlicher Haftung, auch trotz des mehrfach erhobenen Widerwurfs des Gemeindekirchenrath. Eine ähnliche Verfügung erhielt der Rendant der Elisabethkirche im vorigen Jahre. Ersterer hatte nicht gehorcht und die Verhölung des Konsistoriums wurde vom Minister aufgebohrt, der Letzterer gehorchte, weil ihm gezeigt wurde, daß bereits ein Strafmandat für ihn bereit liege. — Weiter werden in den meisten Fällen von Seiten des Konsistoriums Ausdrücke in den Berichten und Beschwerden auf schärfste

als „ungehörig“, „nicht geziemend“ u. s. w. getadelt, und einzelne überhaupt nicht beachtet, wenn sie bereits in der Presse behandelt waren, wie das Konistorium selbst bekannt macht. — Auf ein Schreiben des Gemeindelichenrates zu St. Johannes, welches sich über eine Zirkularverfügung des Konistoriums aus dem Jahre 1880 beschwerte, die gerade die Säze der Verordnungen weggelassen hatte, welche die Rechte der Gemeinde hervor hoben und die Selbsttätigkeit der Gemeinde als Ziel und Wunsch der Verwaltung betonten, erhielt man überhaupt keine Antwort. — So scheint diese Behörde nicht die Sympathie für die Selbsttätigkeit der kirchlichen Organe zu haben und ich glaube das Kirchenregiment hat sie ebenfalls nicht. Wenngleich sagt ein hervorragendes Mitglied desselben auf einer der letzten Landessynoden, man möge sich in Acht nehmen, daß man nicht bei seinem Abgang einmal aus dem Regen in die Traufe komme. (Heiterkeit links.) — Ich bin ein treuer Protestant, aber dennoch benide ich manchmal die katholische Kirche um die Art und Weise, wie ihre Bischöfe sich in diesen äuferen Dingen verhalten, und um den warmen Zusammenhang der Gemeinde mit ihren Bischöfen. Unsere Selbstverwaltung hat bisher wenig geholt, aber dennoch ist es ihr auch schon gelungen, eine ganze Menge Leute wieder zum kirchlichen Leben zurückzuführen. Die Kraft der evangelischen Kirche beruht auf dem Gefühl der Zulamengehörigkeit in der Gemeinde; ihre Gefahr liegt weniger in dem Unglauben und Aberglauben, als in dem Indifferenzismus, der die kirchlichen Dinge gehen läßt wie sie wollen. Aber das ist doch keine Weisheit, durch welche die Leute von den kirchlichen Geschäften abgeschreckt werden. Man sollte vielmehr denken, wie die Schrift sagt: „Und Gott sprach, so lange eure Weisheit den Menschen bange macht, soll die Thorheit lachen!“

Abg. v. Wedell (Piesdorff): Ich glaube in Übereinstimmung mit dem Herrn Minister, daß Alles, was die Abgeordneten Hermes und Zelle hier vorgebracht haben, nicht an dieser Stelle erledigt werden kann. Es scheint fast, als ob all die hier nur vorgebracht worden ist, um es durch die Berichte darüber vor einen größeren Kreis zu bringen (Widerpruch links), sonst würde ich nicht, weshalb diese Dinge hier vorgebracht werden, wo die Angegriffenen nicht zugegen sind. Ich protestiere dagegen, daß das Abgeordnetenhaus zum Forum für intime kirchliche Angelegenheiten gemacht wird. (Beifall rechts.)

Abg. Hahn kommt nochmals auf seine Forderung von Entschädigungen für die Bureaubedürfnisse der Superintendenter zurück und bittet den Finanzminister, einer vom Kultusminister vorzunehmenden Regelung dieser Frage zugestimmen.

Abg. Dr. Hänel: Es handelt sich hier nicht um innere kirchliche Angelegenheiten, der Staat hat durchaus ein Interesse an diesen Angelegenheiten, die die Abg. Hermes und Zelle vorgebracht haben. Es ist die Anschuldigung erhoben worden, daß das Vorgehen des Konistoriums den kirchlichen Frieden störe. Nun gibt Art. 23 der Verfassung der Regierung das Recht zur Ernennung des kirchlichen Personals. Unsere evangelische Gemeindeorganisation beruht ausdrücklich auf der Anerkennung des Staates, die kirchlichen Behörden bestehen nur unter der Bedingung der Einhaltung ihrer vom Staat aufgestellten und anerkannten Organisation. Werden die in den Gesetzen vorgeschriebenen Bestimmungen von den geistlichen Behörden nicht eingehalten, so fungiert die Behörde gesetzwidrig; und wenn wir dies hier zur Sprache bringen, wie will dann jemand sagen, derartige Behörden gehören nicht hierher. Es handelt sich doch dabei um den Bestand preußischer Gesetze. Werden diese von der katholischen Kirche verletzt, so treten wir dagegen ein — ebenso wollen wir handeln gegenüber der evangelischen Kirche. Was dem Einen recht, ist dem Andern billig. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Bitter: Der Staat hat kein Recht, weiter in die Verhältnisse der evangelischen Kirche einzugreifen, als der Artikel 23 der Verfassung ihm gestattet: daß ist in der Anstellung der geistlichen Personen. Materiel gehört also diese Frage nicht vor dieses Forum. Was Abg. Hermes vorgebracht, betrifft ein Verhältnis, über welches die oberste Kirchenbehörde und dann der Summus episcopus zu entscheiden hat, aber nicht wir. Aber neulich wurden wir mit den Berliner Stadtverordnetenwahlen belästigt, heute werden wir in die Berliner Kreissynode geführt. Abg. Hermes, der bei seiner politischen Stellung auch in der Kirche den Kampf will, führt uns heute natürlich dies hier vor. (Unruhe links.) Gießen Sie doch in Ihren Briefen! Wirb die Wirkung der neuen Kirchengeze in Berlin nicht gerade durch Ihre Agitation geschädigt? (Widerpruch links.) Abg. Zelle hat gesagt, wir könnten die Angelegenheiten der evangelischen Kirche besprechen, denn wir bezahlen sie aus unserer Tasche. So liegt die Sache nicht. Der Staat hat auf Grund eingegangener Versprechungen die Verpflichtung, die Kirche an unterhalten. Es ist dies etwas anderes als die Dotation der katholischen Kirche. Ich wiederhole, rein innere Angelegenheiten der evangelischen Kirche dürfen hier nicht diskutirt werden.

Abg. Zelle: Abg. v. Wedell hat meine Rede entweder nicht gehört oder nicht verstanden. Ich habe keineswegs von inneren Dingen der Kirche gesprochen, sondern allein die alleräußerlichste Geschäftsbehandlung des Konistoriums gerügt. Man hat uns vorgeworfen, wir sprechen von diesen Dingen hier in Abwesenheit der Angegriffenen. Ja natürlich, wie denn sonst? So geschieht es doch stets, wenn wir irgend eine Beschwerde gegen eine Staatsbehörde hier vorbringen. (Sehr richtig! links.) Nach Art. 23 erkennt der Staat das kirchliche Personal — soll er nun den Personen die er erkennt und die er besoldet, ganz mehr- und machtlos gegenüber stehen? Das kann doch der Sinn des Artikels nicht sein. (Beifall links.)

Abg. Weis (Hirschberg): Ich bin von den Rothländern, die die beiden Abgeordneten hier vorgeführt haben, aufs Tiefste berührt. Sie auf der Rechten belägen immer den Mangel an kirchlichem Sinn, Sie sagen Berlin hat zu wenig Kirchen. Die Geschäftsführer haben einen Rothland geschildert, der weit schreiender ist. Nach Allem, was hier gesagt worden, muß ich fragen: Wie steht die oberste Kirchenbehörde zu den Gemeinden? Kann denn ein solcher Kriegszustand, wie der geschilderte, zum Segen der Kirche ausschlagen? (Beifall links.) Ich stehe seit geraumer Zeit schon im Dienste der Kirche und habe erkannt, die Mitwirkung der Gemeindemitglieder ist für diese oft eine schwierige und zeitraubende. Da ist es denn doch für die Kirche geboten, die Gemeinde mit Liebe und Eifer zu erfüllen. Wenn die Verhältnisse hier aber so blieben, wie sie geschildert worden, dann wird die Gemeinde bald sagen, nach solcher Behandlung verzichten wir auf die Mitwirkung. (Sehr richtig! links.) Sie auf der Rechten klagen nies, daß die große Masse unfehlbar ist. Aber wer trägt denn die Schuld daran? Die Behörden, die in solcher Weise vorgehen. Wir haben ein Recht, diese Dinge zu besprechen, denn sonst müßten Sie auch dem Zentrum nicht gefallen, hier kirchliche Dinge vorzubringen. Ich bin der Meinung, dieser heutige Rothland wird nicht ungehört verhoben an der Stelle, an die er gerichtet ist! (Lebhafte Beifall links, Bischof rechts.)

Abg. Dr. Hänel: So lange wir die katholische Kirche dotiren, müssen wir auch die evangelische dotiren. Aber wir haben gegen die katholische Kirche Sperrzeige gemacht. Es war wohl nicht ganz passend von Herrn v. Bitter die evangelische Dotation mit der katholischen in Zusammenhang zu bringen. Wie aber kommt Herr v. Bitter ferner dazu, dem Abg. Hermes irgend welchen speziell kirchlichen Standpunkt vorzuwerfen? Bietet irgend ein Anlaß dazu vor? Abgeordneter Hermes erhebt Klage darüber, daß die Besetzung von Stellen im Konistorium eine falsche ist — deshalb gehört diese Klage vor dieses Forum, sie ist keine innere Angelegenheit der Kirche. (Beifall links.)

Abg. v. Wedell (Piesdorff): Auch die Geschäftsbehandlung des Konistoriums ist eine kirchliche Angelegenheit. (Rufe: Aber doch keine innere!) Ja, eine innere Angelegenheit. (Heiterkeit links.) Wenn wir sonst hier eine Behörde angreifen, so ist doch der betreffende Reichsminister zugegeben, da dann die betreffende Behörde rektifizieren kann. Der Kultusminister kann aber das Konistorium nicht rektifizieren. (Widerspruch links.) Die Ausführungen des Abg. Hänel treffen also nicht

zu. Das Abgeordnetenhaus hat mit dem Summus episcopus nichts zu thun, nur mit dem Landesherrn. — Abg. Weis hat auf das Zentrum hingewiesen. Das Zentrum aber hat niemals innere Angelegenheiten der Kirche vorgebracht.

Abg. Herr m: Ich habe mich darauf beschränkt, die Gesetzesverlegerungen seitens des Konistoriums vorzuführen, habe genügend Material zur Beurtheilung vorgelegt und den Herrn Minister zur Prüfung aufgefordert. Ich bin also ganz loyal verfahren. (Sehr richtig links.) Abg. v. Bitter hat mich in Zusammenhang mit den Berliner Stadtverordnetenwahlen gebracht. Ich habe weder dabei gewirkt, noch kandidirt. Wie kommen Sie, Herr v. Bitter, dazu, mir irgend eine kirchliche Anschauung zu imputieren? Wissen Sie irgend etwas darüber? Wie können Sie also davon sprechen? Nein, das sind schlechte Waffen. Ich muß mir das verbitten, daß Sie von meiner kirchlichen Stellung sprechen, die Sie gar nicht kennen. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Bitter: Ich habe keine Verdächtigung gegen den Abg. Hermes ausgesprochen oder ihm persönlich irgendwie zu nahe treten wollen. Ich habe nur bedauert, daß immer diese Berliner Angelegenheiten hier vorgeführt werden, die uns nichts angehen. Dem Abg. Hänel erwiederte ich, daß das Synodalgesetz deshalb noch kein Staatsgesetz ist, wenn es auch staatliche Anerkennung erhalten hat. — Liegt hier irgend eine Verleugnung der Staatsgesetze vor? Sie können Ihre Beschwerde nur an den Oberkirchenrath richten, der Staat ist bei der ganzen Sache nicht beteiligt.

Abg. Dr. Hänel widerholte, daß die Beschwerde des Abg. Hermes durchaus berechtigt gewesen, es sei eine äußerlich kirchliche Angelegenheit, bei der der Staat mitzuwirken habe.

Abg. Frhr. v. Hammerstein: Es ist mir sehr erwünscht, daß diese Debatte die Zustände der evangelischen Kirche berührt hat. Sie werden vielleicht in Folge dessen weitere Bestrebungen nach Selbstständigkeit der Kirche nun mehr verübt. Wollen Sie die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche, so müssen Sie auch Ihre Dotationsforderungen. Wenn Abg. Hänel dem nicht zustimmt, so hat das seinen Grund darin, daß die Selbstständigkeit der Kirche, wie sie sich jetzt entwickelt hat, ihm nicht sympathisch ist. Sie hoffen immer auf eine bessere Zeit, in der es möglich werden soll, die Hilfe des Staates für ihre Richtung in Anspruch zu nehmen. Einen kleinen Vorgespräch von dem, was Sie wollen, haben wir gehabt, als die Herren Kögel und Baur in den Ober-Kirchenrath kamen und Sie hier dagegen protestierten. Da hat Abg. Birchow sich das Recht vindiziert, die kirchliche Dualität der beiden Berufen zu kritisieren.

Abg. Dr. Hänel erklärt, nicht gegen die Dotation der evangelischen Kirche sich ausgesprochen, sondern nur die vom Abg. von Bitter gezogene Parallele monet zu haben.

Kap. 112 wird hierauf bewilligt.

Bei Kap. 113 (evangelische Geistliche, Tit. 1, Besoldungen 932 647 M.) beschwerte

Abg. Seer den Mangel an evangelischen Predigern in der Provinz Posen und befürwortet eine altersweise Aufbesserung der Gehälter.

Kap. 113 und 114 werden bewilligt.

Das Haus vertrat sich darauf.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Kultusetat. Schluss 4 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 30. Jan. Der päpstlich-offiziöse „Moniteur de Rome“ ist bemüht, die Konsequenzen für das Verhältnis von Staat und Kirche aus der Erklärung des Kultusministers bei der Beratung des Antrags Reichsperger zu ziehen, „daß Verhandlungen mit der Absicht, daß ein Konkordat oder ein förmliches Nebeneinkommen (oder ein modus vivendi, fügt das Blatt aus Eigenem hinzu) geschlossen werden könnte, nun und nimmermehr von der gegenwärtigen Staatsregierung geführt werden. Der „Moniteur“ macht dabei den Versuch, die Göhler'sche Erklärung mit dem Schreiben des Kronprinzen an den Papst in Widerspruch zu bringen, in welchem gesagt sein soll, die Beendigung der kirchlichen Wirren sei nur möglich auf der Basis einer loyalen Nebeneinführung (sur la base d'une transaction loyale). Der Kronprinz hat aber in dem Schreiben vom 10. Juni 1878 das gerade Gegenteil gesagt. „Unter der Voraussetzung, so lautet der Schlufz des Schreibens, Mich mit Ew. Heiligkeit in folcher Genuigheit (die vorhandenen Schwierigkeiten in dem Geiste der Liebe und der Versöhnlichkeit zu behandeln) zu begegnen, werde Ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß da, wo eine grundsätzliche Verständigung nicht erreichbar ist, durch versöhnliche Gesinnung beider Theile auch für Preußen sich der Weg zum Frieden eröffnen werde, der anderen Staaten niemals verschlossen war.“ Diesen „Weg zum Frieden“ sucht die Kurie heute noch verschlossen zu halten, um den Staat zu zwingen, das Verhältnis von Staat und Kirche durch einen zweiteiligen Vertrag zu regeln, nicht aber durch „eine einseitige staatliche Gesetzgebung“, welche je nach Bedürfnis auch ohne Zustimmung der Kurie abgeändert werden kann.

Nachdem der Volkswirtschaftsrath die Grundzüge des Unfallgesetzes durchberaten hat, wird die Reichsregierung noch die Gutachten der einzelnen Bundesregierungen abwarten, um dann ungesäumt an die endgültige Feststellung des Gesetzentwurfs heranzutreten. Man sieht diesen Gutachten für die Zeit bis etwa 8. Februar spätestens entgegen und hofft dann die Vorlage noch so zeitig vor den Bundesrat zu bringen, daß ihre Feststellung früh genug erfolgen kann, um sie dem Reichstage alsbald bei seinem Zusammentritte vorlegen zu können.

Die „Ermländische Ztg.“ schreibt: „Wie glaubwürdig mitgetheilt wird, begreift die im „Staatsanzeiger“ vom 31. Dezember v. J. für die Diözese Ermland verkündete Aufschrift der bis dahin bestandenen Sperre auch die sämtlichen persönlichen Revenüen des bischöflichen Stuhles, eingeschlossen die des Bischofs. Nur durch einen Irrthum konnte es geschehen sein, daß die Sperre in der Beziehung als noch irgendwie aufrecht erhalten angesehen wird. Es bleibt einzige noch der Klerikal-Seminar-Staatszuschuß gesperrt.“

Frankfurt a. M., 30. Januar. Wie die „Frankfurter Börsen- und Handels-Zeitung“ meldet, hat der Verwaltungsausschuss der Rhein-Nahe Eisenbahngesellschaft in einer gestern in Kreuznach abgehaltenen Sitzung den Vertragsentwurf, wonach das gesamte Mobiliar- und Immobilienvermögen der Rhein-Nahe Eisenbahngesellschaft an den preußischen Staat zum vollen unwiderruflichen Eigentum überlassen wird, einstimmig genehmigt. Die Ratifikation des Vertrages erfolgt in den nächsten Tagen in Köln.

Wien, 29. Jan. Nach gewissen nicht mißzuverstehenden Andeutungen offiziöser Blätter geht die Regierung mit dem Gedanken um, einen Theil des Ausnahmegesetzes von 1869 in Kraft treten zu lassen. Durch diese Maßregel werden die Machtbefugnisse der exekutiven Behörden größer, als sie das preußische Sozialistengesetz mit seinem kleinen Belagerungszustande gewährt. Die Regierung ist ohne Weiteres zu der Verordnung berechtigt und nur verpflichtet, dem Reichsrath hiervon „sofort nach seinem Zusammentritt“ Kenntniß zu geben.

Bern, 30. Jan. Der Professor Ludemann in Kiel ist als ordentlicher Professor der Kirchengeschichte an die hiesige evangelisch-theologische Fakultät berufen worden.

Paris, 30. Jan. Dem Vernehmen nach wird die Regierung aufgefordert werden, ein Gelbbuch über die Unterhandlungen zwischen Frankreich und dem Vatikan zu veröffentlichen, um Natur und Tragweite der gemachten Konzessionen kennen zu lernen. — Mit der Legung eines Kabels zwischen Saigon und Tonkin ist begonnen worden.

London, 29. Jan. Nach weiteren Meldungen sind bei dem Scheitern des Segelschiffes „Juno“ 31 Personen umgekommen.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 31. Januar.

— [Der Sozialist Mendelsohn,] welcher vor einigen Tagen von hier über die russische Grenze ausgewiesen wurde, ist seinen Heimathsbehörden nicht in die Hände gefallen, sondern nach Paris gereist, wo er bereits eingetroffen ist.

r. Herr Laskowitz aus Posen, verantwortlicher Redakteur des „Dienstes Poln.“, gegen den eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten wegen Preßvergehen vollstreckt werden sollte, ist flüchtig geworden, und wird gegenwärtig flüchtig verfolgt.

r. Der Neopresbyter Albert Günther, heimathlos, aulegt in Neu-Grabia, geb. im Jahre 1842 in Breslau (Kr. Birnbaum), welcher flüchtig ist, und gegen den eine durch Urteil des königl. Schöffengerichts zu Thorn vom 23. März 1882 erkannte Geldstrafe von 300 Mark, im Unvermögensfalle 30 Tage Gefängnis vollstreckt werden soll, wird gegenwärtig vom königl. Amtsgericht in Thorn flüchtig verfolgt.

r. Die Einfuhr von Schweinen aus Russland über die Grenze des Regierungsbezirks Posen, welche seit mehreren Monaten verboten war, ist nach einer Bekanntmachung der königl. Regierung vom 29. d. M. jetzt wieder gestattet.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Pest, 30. Jan. Die Ungarische Kreditbank erließ einen Aufruf zur Subskription auf 39 250 Stück fünfprozentige Prioritätsobligationen der Pest Fünffirchner Eisenbahn im Nominalwert von 7 850 000 Gulden, der Emissionskurs ist 95 p.C.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 30. Jan. Das Allgemeinbefinden der Prinzessin Georg ist etwas besser. In der Nacht stellten sich zwar wiederum Delirien ein, nach einem kalten Bade sank das Fieber jedoch beträchtlich. Die Gehirnerscheinungen dauern fort. Der Kräftezustand ist derselbe, wie gestern.

München, 30. Jan. Abgeordnetenkammer. Auf einen von der Rechten gegen den Minister von Luz wegen seiner gestrigen Neuerungen erhobenen Vorwurf, erwiderte dieser, daß er erstaunt sei, daß sein Auftreten depredatorisch bezeichnet werde; er habe sich nur einfach gegen die Angriffe der liberalen Presse gewehrt. Er habe gestern nur gesagt, er hätte augenblicklich keine weiteren Konzessionen zu machen; sein Entgegenkommen erlitte seit gestern keinen Abbruch. Das Haus genehmigte hierauf die Forderung für die Universität München, die für einen außerordentlichen Professor des römischen Rechts gestellte Forderung wurde hingegen abgelehnt. In Bezug auf die Forderung der Rechten wegen Berufung eines katholischen Geschichtsprofessors erklärte Minister von Luz, daß alsdann die Mittel für zwei Professoren angesetzt werden müßten, damit man nach beiden Seiten hin gerecht werde. Abgeordneter Ritsler beantragt die Bewilligung weiterer 5000 Mark für einen eigenen katholischen Geschichtsprofessor. Die Diskussion wird hierauf auf morgen verlagert.

Darmstadt, 30. Jan. Die zweite Kammer trat heute wieder zusammen. Die Beantwortung der von dem Abg. Radde in Bezug auf die kirchenpolitischen Lage gestellten Interpellation soll auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden.

Oldenburg, 30. Jan. In dem Prozeß wegen Beleidigung des Major Steinmann hat der Angeklagte, Redakteur Hesse, wider das Urteil der Straflammer des hiesigen Landgerichts das Rechtsmittel der Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Dublin, 29. Jan. In Castlereagh (Grasshaugh Down) fand heute ein Meeting der Nationalisten statt, obschon dasselbe verboten war. Etwa 1000 Mann Polizeitruppen waren in dem Distrikte zusammengezogen, doch gelang es den Nationalisten, der Aufenthaltszeit der selben zu entgehen.

Petersburg, 30. Jan. Wie die „Novosti“ melden, sind in Folge von entstandenen Mißverständnissen über den Charakter des Verkehrs russischer Konsuln im Auslande mit den russischen Behörden in Angelegenheiten, bei denen es sich um die Sicherung des Vermögens in Russland gestorbener Ausländer handelt, die Konsuln vom Senate dahin instruiert worden, daß sie sich in solchen Angelegenheiten als Amtespersonen, nicht als Vertreter von Privatinteressen zu gerieren haben.

Kairo, 30. Jan. Die Mitglieder des gesetzgebenden Raths haben Beifuss Erleichterung des Budgets auf ihr Gehalt verzichtet. — Die Regierung wird den Konsuln nächstens einen Entwurf betreffend die Stempel- und Patentsteuer mittheilen.

Washington, 30. Jan. Der Vorstand des Finanzausschusses hat die Beratung des Entwurfs der Tarifvorlage beendet, zu demselben werden indeß noch andere Vorschläge von Seiten der übrigen Ausschußmitglieder erwartet. In dem Entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung ist eine allgemeine Reduktion von 20 p.C. beantragt.

Newyork, 29. Jan. Nach einer Meldung des „Newyork Herald“ aus Lima sind die Wahlen zur Nationalversammlung

welche zur Ratifikation des Friedensvertrags mit Chili und zur Wiederherstellung einer konstitutionellen Regierung in Peru zusammengetreten soll, vollständig zu Gunsten des gegenwärtigen Präsidenten, des Generals Jalesias, ausgefallen.

Berlin, 31. Jan. Die Steuerkommission nahm den Paragraphen 3 des Einkommensteuergesetzes, welcher die bedingt Steuerpflichtigen behandelt, mit einem Amendment Wedell-Malchow an, welches lautet: "Nicht minder Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, soweit dieselben nicht in Preußen ihren Sitz haben" und mit einem Zusatz Hanels, wonach preußische Staatsangehörige, die im Auslande wohnen, ohne im Inlande einen Wohnsitz zu haben, von der Einkommensteuer befreit sind, wenn sie nachweisen, daß sie gleichwertige Steuern im Auslande zu zahlen haben.

Paris, 31. Jan. Die "Agence Havas" meldet, die Emission einer neuen Anleihe in dreiprozentigen amortisierbaren Renten sei durch ein Gesetz von gestern genehmigt. Die Emission erfolgt vom 10. bis 15. Februar.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 169. kgl. preuß. Klassen-Lotterie. (Nur die Gewinne über 210 Mark finden den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.) (Ohne Gewähr.)

Berlin, 30. Januar. Bei der heute fortgesetztenziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

32	85	86	208	33	361	422	506	817	(300)	47	59	71	944	81.		
1061	126	87	230	97	98	320	55	(1500)	67	87	512	48	49	80	616	
58	728	79	875	85	928	68	(550)	96	(550)	98.	2153	289	382			
529	38	70	88	605	28	53	728	875	910	22	35	44	(300).	3077		
209	58	79	315	30	414	20	21	24	65	516	43	82	612	(300)	84	
(1500)	99	711	21	23	71	826	35	51	919.	4029	76	162	205	22		
311	406	27	(300)	39	511	723	45	60	824	32	84	(300).	5072			
102	10	48	238	301	51	444	49	(300)	51	82	529	52	90	(1500)	711	
62	949	78	99.	6058	126	(300)	47	(300)	82	94	239	97	344	72		
88	411	54	(300)	535	78	(550)	764	916	30	34	82.	7021	27	106		
19	29	89	295	353	78	429	36	71	586	88	615	47	60	78	743	
(550)	83	814	68.	8113	15	39	206	13	14	69	323	88	95	408		
(1500)	593	620	66	704	32	802	4	39	79	922	(300)	54	(550).			
9059	228	93	327	420	(550)	89	94	511	625	63	82	730	48	829	37.	
10055	82	113	69	71	330	46	48	52	453	68	543	57	61	665		
754	823	921	43	(300)	58	85.	11039	(300)	57	(1500)	79	97				
236	333	418	53	81	527	58	(550)	602	(550)	56	98	763	846.			
12029	190	92	(550)	231	44	94	319	26	29	482	91	98	517	87		
(300)	616	25	812	60	67	946	(550)	54.	13053	69	142	(550)				
57	204	85	325	(300)	456	84	93	528	(1500)	77	(3000)	605	20			
(550)	701	59	812	50	(1500).	14020	(300)	36	179	215	62	334				
38	81	436	51	53	(550)	531	788	(300)	802	13	82	904	5	45	77	
87	90	(300).	15527	(300)	105	95	255	60	75	308	31	81	437	52		
82	(300)	532	62	623	859	979	93	(3000).	16016	(300)	25	29				
96	146	55	75	287	404	27	44	90	533	604	60	89	761	(300)		
965.	17014	133	72	271	305	83	513	15	24	56	(550)	623	40			
(300)	759	69	94	(300)	824	918	81.	18124	62	76	85	264				
321	41	(300)	86	443	86	(300)	581	89	90	(1500)	610	(3000)				
714	21	22	854	55	85	963	(3000)	70	(550)	98.	19036	80				
(1500)	180	200	74	95	361	497	682	723	59	841	939	(300)	65	71	(300).	
20006	(300)	19	29	46	89	118	231	56	426	60	66	83	512	20		
23	74	94	(300)	624	(300)	63	777	807	19	45	64	946	49.	21062	(300)	
85	107	23	77	91	94	206	38	57	70	303	(200)	29	73	(300)	84	512
22	(300)	66	78	(300)	79	(300).	615	77	93	704	811	88	977	84.		
22010	27	71	85	112	16	79	340	41	(550)	63	64	(300)	73	(3000)	74	
78	84	89	409	534	56	66	640	57	86	765	74	97	814	49	904	90.
23010	(550)	18	(300)	76	119	(300)	43	51	53	(3000)	212	315	(3000)	71		
78	455	515	659	739	61	850	935	52	88	99	52	24035	167	203	320	
44	(1500)	75	88	560	85	617	54	(550)	67	77	706	(1500)	840	922	89.	
25022	105	17	(3000)	56	(1500)	72	(550)	214	83	(300)	385	409	44			
81	534	671	703	83	(3000)	37	50	52	834	61	85	926.	26015	82		
237	305	29	99	402	11	72	98	546	52	693	708	14	83	894	911	(300)
12	36.	27030	(550)	97	130	222	50	54	72	376	88	469	83	513	15	
32	69	98	618	35	786	830	(3000)	947	64	(550).	28041	82	133			
97	(300)	217	(3000)	76	87	90	322	82	99	484	519	37	603	42	728	62
858	78	90	910	(550)	64	84	29059	198	300	48	(1500)	83	406	18		
38	567	625	712	14	33	835	928	(300)	69.							
30085	(550)	162	212	17	68	85	319	432	561	64	603	58				
81	710	36	55	(550)	75	821	29	(300)	71	92	939	(550)	69.	31030		
70	112	216	66	(1500)	326	401	37	84	554	64	66	(50)	68	606		
24	68	78	825	32	45	916	34	(3000).	32006	34	102	(1500)	37	43		
(300)	88	411	74	531	601	59	706	(300)	65	(300)	78	(1500)	824			
46	56	89	912	(1500).	33010	115	288	341	546	609	(1500)	36				
65	730	71	99	913.	34069	101	4	15	34	62	73	83	466	550	610	
20	25	98	233	42	79	97.	35009	44	(550)	56	70	202	32	52	315	
(300)	51	404	59	(550)	577	(300)	636	71	791	837	61	91.	24			
54	58.	36006	(550)	14	43	88	117	30	36	(300)	60	90	95	200	39	
79	81	89	392	432	586	96	601	70	722	49	69	71	800	(300)		
92	(1500)	97	(1500)	935												

